
Managementwechsel ohne aufregende Folgen

Theodor Prager

Die siebziger Jahre waren für sämtliche Industrieländer schwieriger als die sechziger Jahre. Das Wirtschaftswachstum hat sich verlangsamt, die Inflation beschleunigt, die Arbeitslosigkeit ist überall kräftig gestiegen. Zu alten Problemgebieten mit wenig oder strukturschwacher Industrie gesellten sich neue. Hatte die Streikbereitschaft nach ihrer Hochflut um die Dekadenwende angesichts der um sich greifenden Depression im allgemeinen nachgelassen, so wurden dafür die regionalen Konflikte in einer Reihe von Industriestaaten heftiger, wobei die Klagen über Benachteiligung durch die Zentralregierung oft nationalistische oder sogar separatistische Züge annahmen. Gleichzeitig – bedingt durch den erreichten hohen Grad von städtischen Ballungen und Umweltbelästigungen aller Art – wuchs das Unbehagen über Lebensqualität. Es war keine Dekade dramatischer Auseinandersetzungen in der westlichen Industrielwelt, doch mehrten sich die Anzeichen einer vielfältigen schleichenden Misere.

Österreich blieb davon weitgehend verschont. Unser Land war weniger als andere von Stagflation und diversen gesellschaftlichen Konflikten heimgesucht, das politische Klima blieb ruhig, man ging seiner Arbeit und seinen Vergnügungen nach und „privatisierte“. (Privat pflegen bei uns auch die von Arbeit- oder „Freizeit“-Streß ausgelösten Frustrationen zu bleiben, weniger privat die Folgen der aus der Frustration kommenden Aggressionen der Autofahrer, Straßenbahnbenutzer, Heurigenbesucher, Wohnsilogepferchten, geplagten Eltern, Lehrer, Kinder, Büroklaven, Bürokratiegeschädigten und sonstigen „Verkehrsteilnehmer“ . . .)

Im ganzen erfreute sich das Land eines wachsenden Wohlstands, der die Frucht eines gewissen Aufholprozesses gegenüber den andern Industrieländern war. Man ließ es sich gut gehen in Österreich und

verstand nicht ganz, worüber sich die Leute anderswo aufregten, warum sie ununterbrochen streikten, demonstrierten und sogar Bomben warfen. (Da tritt der Österreicher hin vor jeden, denkt sich sein Teil und läßt die andern reden . . .)

Sieht man von gewissen Traditionen (obrigkeitsstaatlicher Natur) und Denkstrukturen (den Herrgott einen guten Mann sein lassen, wegschauen und sich heraushalten) ab, über die sowieso schwer zu befinden ist, so scheint immerhin festzustehen, daß sich gewisse im letzten Vierteljahrhundert eingegangene sozialökonomische Arrangements und Verhaltensweisen bewährt haben: Friedliche Koexistenz zwischen verstaatlichtem und privatem Sektor, Zusammenraufen der durch Verbände und Kammern mehr oder weniger paternalistisch vertretenen Gesellschaftsgruppen (Sozialpartnerschaft), geduldiges Stricken an einem nicht besonders effizienten aber gerade deshalb auch als beruhigend empfundenen sozialen Sicherheitsnetz (wo man es sich allenfalls richten kann, sofern man sich unter die Schutzmacht des einen oder andern sozialen oder politischen Feudalherrn begeben hat, und wer hat das dank gesetzlicher Regelung, sanftem Druck oder eigener lichtvoller Einsicht nicht getan), und nicht zuletzt ein vernünftiges, auf volle, wenn nicht immer optimale Nutzung der Ressourcen und auf Vollbeschäftigung abzielendes ökonomisches Management der Regierung. Zwar nicht ohne ein bißchen zentrale Steuerung und Reglementierung, Interventionitis und Subventionitis, aber stets gestützt und abgesichert durch sozialpartnerschaftliche Zustimmung; ja, vielleicht sogar durch sozialpartnerschaftliches Verlangen ausgelöst.

Ausländische Autoren sprechen mitunter vom Trend zum „liberalen Korporatismus“⁴¹ oder auch davon, daß „der Kapitalismus sich in Richtung auf etatistische Kontrolle und auf eine Art wohlwollenden Paternalismus zuzubewegen scheint“⁴². Mit Hinblick auf Österreich könnte man sagen, Sie wissen gar nicht, wie recht sie haben!

Mir, als alten Linken, fällt vor allem die ausgeprägte Kontinuität der Entwicklung der siebziger Jahre in Österreich gegenüber der vorhergehenden Dekade auf, wenigstens in ökonomischer und wirtschaftspolitischer Hinsicht. (In andern Bereichen, wie vor allem Rechtsreform, wo es noch viel mehr aufzuholen galt, haben wir dagegen erstaunlich viel, wenngleich maßvollen Fortschritt in den Grenzen der Gesetze, um mit Jaroslav Hašek zu reden.)

Es hat sich nicht viel geändert, an der Eigentumsordnung überhaupt nichts, an der Einkommens- und Vermögensverteilung auch nicht (das heißt, die längst eingesetzte Polarisierung geht langsam aber sicher weiter), die Privilegierten erfreuen sich weiterhin und noch ein wenig mehr ihrer Privilegien (wobei sich allerdings eine beachtliche Zahl neuer Politik- und Sozialaufsteiger in diese bevorzugte Schicht eingereiht haben), den Nicht- und Unterprivilegierten wurden zahlreiche, den gebesserten Verhältnissen entsprechende Handreichungen geboten . . . In wirtschaftspolitischer Hinsicht gilt vor allem: Kontinuität. Zwar erforderte die geänderte Lage – immerhin wirken internationale Währungsmisere, Erdölpreisschock, Konjunkturreinbrüche am Welt-

markt usw. auch auf Österreich ein! – wiederholte Umstellungen, abwehrende Maßnahmen und auch Initiativen, doch ging es dabei eher um Akzentsetzungen und quantitative Änderungen als um qualitativ Neues. Dies gilt jedenfalls für so zentrale Fragen wie Einkommens-, Finanz-, Währungs-, Industrie- und Handelspolitik, für Verkehrs- und Sozialpolitik. Wenn nun auch Umwelt-, Forschungs- und Raumordnungspolitik Anlaß für die Schaffung systematischer Konzepte (und Ministerien oder sonstiger hochmöglicher Gremien) waren, so gehen die Ansätze dafür auch in diesen Bereichen auf die vorhergehende Dekade und politische Ära zurück; sensationell Neues gibt es nicht.

Das alles legt nahe, von einem „österreichischen Weg“ zu sprechen, und viele auswärtige Beobachter tun dies auch (wenngleich weniger hingebungsvoll als die neue hausgemachte Folklore). Doch gibt es einige prominente Persönlichkeiten, die die Erfolge des letzten Jahrzehnts in erster Linie als Beweise der Güte sozialistischer Politik und Regierungskunst in Österreich bewerten. Besonders eingenommen davon zeigt sich die Graue Eminenz der Labour Party, Ex-Schatzkanzler Denis Healey. Großbritannien, so meinte er wiederholt, solle sich Westdeutschland, vor allem aber Österreich als Beispiel nehmen:

„Die Wirtschaftspolitik einer Labour-Regierung in Großbritannien muß auf drei Säulen ruhen – Nachfragemanagement, Geld- und Kreditkontrolle und Einkommenspolitik. Es ist genau diese Kombination, die die erfolgreichsten Ökonomien und die erfolgreichsten sozialistischen Parteien produziert hat, nämlich die von Westdeutschland und Österreich . . .“ Und zwei Wochen später: „Das Land, das ihm (Healey) am deutlichsten als Modell für Großbritannien vorschwebt, ist kurioserweise Österreich. Dort, so erklärte er in einem Vortrag vor der Gesellschaft der Fabier, hat die Sorte von gemischtwirtschaftlicher Politik, die auch er verfolgen möchte, die erfolgreichste Ökonomie und die erfolgreichste sozialistische Partei Europas produziert. Die österreichischen Sozialisten hätten jene Gepäcksstücke ihres marxistischen ideologischen Erbes, die offenkundig nicht länger von Belang waren, über Bord geworfen und ein Land, das unter einem postimperialen Kater gelitten hat, in einen modellhaften Wohlfahrtsstaat verwandelt, ohne dabei seine kulturelle Anziehungskraft einzubüßen.“

Hohes Lob, wenngleich vielleicht ein wenig verfremdet.

Doch soll hier nicht darüber gerechnet werden, ob zum Beispiel „Geld- und Kreditkontrolle“ so zentral waren, ob der „postimperielle Kater“ gänzlich überwunden ist oder ob die kulturellen Attraktionen (um Healeys ursprünglichen Ausdruck zu gebrauchen) noch das sind was sie einmal waren.

Wesentlicher ist die Frage, ob das alles ein Spezifikum sozialistischer (sozialdemokratischer) Politik ist oder nicht vielmehr Spezifikum eines „österreichischen Weges“, an dem natürlich sozialdemokratische Verhaltensweisen und Strategien (oder vielleicht eher sozialdemokratisches Taktieren) einen entscheidenden Anteil haben. Hier, in diesem Beitrag, wird jedenfalls die letztere Variante vertreten.

Wachstum und Konjunktur

Wodurch unterscheiden sich Wachstums-, Konjunktur- und Beschäftigungspolitik der siebziger Jahre von jener der sechziger Jahre, also der sozialdemokratischen von der anfänglichen Koalitionsära (in der die Konservativen tonangebend waren) und der darauffolgenden, der sozialdemokratischen unmittelbar vorhergehenden konservativen Ära?

Es läßt sich mit ein paar Metaphern, vorzugsweise aus dem Bereich der Tierwelt umschreiben:

Zunächst unterscheiden sich die beiden Dekaden nur wenig. In beiden weigerte sich das Pferd mehrmals, aus dem bereitgestellten Wassertrog zu saufen; ungeachtet üppiger steuerlicher und sonstiger Investitionsanreize stagnierte die industrielle Investitionstätigkeit, so 1961–68, und seit 1972. In beiden zeigte die öffentliche Hand – oder besser: der Bund – eine beachtliche Bereitschaft, durch Ausweitung der eigenen Investitionen und durch deficit spending in die Bresche zu springen. Ein gewisser Akzent wurde jedoch in der jüngsten Dekade zweifellos dadurch gesetzt, als es in der wirtschaftspolitisch kritischeren sozialdemokratischen Ära gelang, das Pferd davon abzuhalten, kräftig nach hinten auszuweichen: „Moral suasion“ (und gewisse Finanzspritzen) hielten vor allem die Verstaatlichten, dann aber auch so manche privaten Firmen davon ab, sinkenden Umsätzen und Verlusten durch massenhaften Abbau zu begegnen. Da die vorausgehende, noch stark expansionistische Ära den diesbezüglichen Mut weniger herausforderte, bleibt ungewiß, wie weit es sich hier um ein Spezifikum der sozialdemokratischen Ära handelt. Eher dürfte es bezeichnend sein für den sozialpartnerschaftlichen „österreichischen Weg“, also für eine etwas unterschiedliche Entwicklung zu andern vergleichbaren Ländern, die dazu führte, daß Wirtschaftswachstum, Konjunktur und Vollbeschäftigung einen relativ kontinuierlichen und guten Verlauf bei uns nahmen.

Preise und Inflation

Verglichen mit den sechziger Jahren hatten wir in den siebziger Jahren eine kräftige Beschleunigung des Preisauftriebs. Waren damals jährliche Preiserhöhungen von drei Prozent von der (sozialistischen) Opposition noch als Wahnsinn bezeichnet worden, so nahm man jetzt einen mehr als sechsprozentigen jährlichen Preisauftrieb eher gelassen hin. Im Vergleich zum Ausland nahm sich selbst diese Inflationsrate nämlich bescheiden aus, der westeuropäische Durchschnitt lag bei fast 10 Prozent. Es ist eben alles relativ.

Wie weit war dieses relativ günstige Abschneiden Ergebnis wirtschaftspolitischer Maßnahmen oder Strategien? Von einer Preispolitik als solcher kann man schwerlich sprechen, wenngleich die amtlichen Tarif- und Preisregelungen ebenso wie die von der „Paritätischen“ geübten Einflußnahmen darauf bedacht waren, große Preissprünge hintanzuhalten und für eine sozusagen friedvolle und als erträglich empfundene Entwicklung zu sorgen. Das Stichwort war „Anpassung an

die gestiegenen Kosten“, was solche Vorstellungen wie „Fischzug“, oder „Raubzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes“ etc. möglichst gar nicht aufkommen ließ. Andererseits ließ sich mit Wettbewerbs- und Konsumentenpolitik bisher nicht allzuviel Staat machen⁵.

Wichtiger und wirkungsvoller war das Bemühen um ein relativ niedriges oder wenigstens stabiles Zinsniveau (wobei allerdings die Sparzinsen meistens kräftig hinter der Inflationsrate einherhinkten), sowie die ziemlich konsequent verfolgte Hartwährungspolitik, über die es nur deshalb nicht noch mehr Wehklagen bei den Unternehmern gab, weil sie ja auch dazu beitrug, die importbedingten Energie- und Rohstoffkosten in Zaun zu halten. Entscheidend für den relativen Erfolg der Stabilitätspolitik war jedoch die sozialpartnerschaftlich abgesicherte Einkommenspolitik, genauer gesagt, die gewerkschaftliche Zurückhaltung bei Lohn- und Gehaltsforderungen.

Gewiß hat das auch der andern Seite ein wenig Zurückhaltung abverlangt, doch dürfte das weitverbreitete Gefühl, in vielen Konsumbereichen – wie bei höherwertigen Nahrungsmitteln und Textilwaren, importierten Industrieerzeugnissen, Bank- und Versicherungsleistungen, im Gaststätten- und Fremdenverkehrsbereich . . . – über die Maßen gewurzt zu werden, keineswegs unbegründet sein. Das ist zwar keine Besonderheit dieser jüngeren Ära, es hat sich aber diesbezüglich auch nichts Nennenswertes geändert.

Umverteilung

Eine Umverteilung von reich zu arm hat nicht stattgefunden⁶. Den Nichtprivilegierten wurde auf vielerlei Weise unter die Arme gegriffen⁷, gewiß. Es gab bessere Starthilfen und mehr Chancengleichheit für die Unterprivilegierten, gewiß. Aber nach wie vor gilt, was schon vor vielen Jahren festgestellt wurde: Im wesentlichen zahlen die Arbeitenden für die Arbeitslosen, die Gesunden für die Kranken, die Jungen für die Alten⁸. Finanzpolitik war primär ein Instrument der Wachstums- und Konjunkturpolitik, keineswegs ein Instrument zur Umverteilung zwischen den gesellschaftlichen Hauptgruppen. Man kann sich natürlich sehr wohl auf den Standpunkt stellen, dazu sei sie gar nicht da, oder auch (weniger kaltschnäuzig), Erhaltung von Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung sei die beste Hilfe, die man den Nichtprivilegierten geben könne, denn diese seien es ja, die im Fall von Rückschlägen in erster Linie zum Handkuß kommen. Die Lektüre einschlägiger Parteierklärungen- und Programme ließe jedoch mehr erwarten, so z. B. der Passus in „Das neue Programm der SPÖ“, 1978, S. 56: „Die Sozialisten treten ein: „Für die Verringerung der Ungleichheit der Einkommen durch die Steuerpolitik . . .“ Statt dessen müssen wir konstatieren, daß die Last der Lohnsteuern als auch der Massensteuern und Sozialversicherungsbeiträge in der vergangenen Dekade anteilmäßig gestiegen, der Anteil der Unternehmens- und Vermögenssteuern jedoch gesunken ist. Vor allem bei der Gewährung von steuerlichen Anreizen für Investitionen war man nämlich in dieser Zeit mindestens ebenso

einfallsreich und großzügig wie in der vorhergehenden, und auch die bis in die jüngste Zeit geltenden Bestimmungen zur Sparförderung und sonstigen Vermögensbildung kamen in erster Linie jenen Schichten zugute, die bereits über beträchtliche Einkommen und Vermögen verfügten⁹. Es gilt nach wie vor, wo Tauben sind, fliegen Tauben zu. Die elementar wirkenden Polarisierungsmechanismen des Systems haben sich gegenüber den bescheidenen Ansätzen zur Umverteilung¹⁰ immer noch als ungeheuer resistent, wenn nicht stärker erwiesen¹¹.

Dies ist natürlich keine österreichische Spezialität, und auch keine solche unserer sozialdemokratischen Regierungen. Im internationalen Vergleich haben sich gerade sozialdemokratische Regierungen stets als besonders verständnisvoll für die Wünsche der Industrie nach Investitionsförderung erwiesen¹². Nicht so sehr, weil sie etwas beweisen wollten, nämlich daß sie „gar nicht so sind“. Vielleicht auch das, vor allem aber, weil sie darin das sicherste Mittel sahen, einen hohen Beschäftigtenstand zu sichern. Wenn sie sich solcherart der Logik des Systems fügten, so sicher aus besten sozialen Absichten. Aber man kann es auch anders sehen: Als Ausdruck des Mangels an Phantasie und als Ersatz für ein Konzept, das unmittelbar von gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgeht und freie Arbeitskräfte zu ihrer Befriedigung einsetzt, anstatt primär die Kapitalsakkumulation anzukurbeln und Beschäftigung sowie Bedürfnisbefriedigung erst auf diesem Umweg und quasi als Nebenprodukt sicherzustellen. Wäre dem nicht so, so würde energiesparenden, arbeitsintensiven Maßnahmen wie Wärmedämmung an Bauten usw. gewiß ein höherer Stellenwert eingeräumt werden als der potentiell destruktiven und überaus kapitalintensiven Atomenergie.

Orientierung auf Großindustrie und Multis

Konservative Regierungen, was immer ihre wirtschaftsphilosophische Neigungen, pflegen stets viel Bedacht auf ihre städtische Massenbasis zu nehmen, also vor allem auf die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden. Selbst wenn sie Handelsketten, Warenhauskonzerne oder industrielle Großbetriebe für ökonomisch effizienter halten, sie kommen nicht umhin, den Lebens- und Überlebensbedürfnissen des Gewerbes Rechnung zu tragen. Überdies stellt dieses ja auch die große Mehrzahl der Mitglieder und Wähler der Handelskammern bzw. – in hiesiger hochgestochener Diktion – der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft. Auch sozialdemokratische Parteien und Regierungen suchen hier ihre Stützpunkte, und versuchen sich als glaubwürdige Schutzmacht der „Kleinen“ in diesem Bereich. Aber im Grunde wissen sie, daß da für sie nicht viel zu holen ist. Überdies sind sie von der Überzeugung durchdrungen – schlecht verdauter Rest gewisser von Marx und Engels hergeleiteter Traditionen! – daß „Big is beautiful“: Großbetrieb und Massenproduktion gelten als effizient, kostengünstig, innovationsfreudig, eigentliche Träger des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts. Das alles ist zwar in gewissem Maße richtig, und

zweifelloos heben sich die diesbezüglichen Haltungen und Vorgangsweisen oft vorteilhaft vom eingefressenen Konservatismus eines großen Teils des Gewerbebereiches ab.

Nur wird darüber allzu leicht übersehen, daß auch Großbetriebe eingebaute Tendenzen zu Bürokratie und Schwerfälligkeit¹³ entwickeln, vor allem aber, daß Größe oft mit Marktmacht und Marktmißbrauch, also mit durchaus unerwünschten monopolistischen Praktiken Hand in Hand geht.

Wie immer, die letzte Dekade hat nicht nur, wie die vorhergehende(n) einen weiteren Trend zur Konzentration von Kapital und Produktion mit sich gebracht, diese wurde auch aktiv gefördert, nicht zuletzt durch steuerliche Regelungen¹⁴. Allerdings betraf das auch längst fällige Konzentrierungen und Konzernierungen im Bereich der verstaatlichten Betriebe (denen sich die Konservativen aus durchsichtigen parteipolitischen, vorgeblich allerdings ordnungspolitischen Motiven entgegenstimmten); Maßnahmen, die zweifellos der besseren Koordinierung und Effizienz dienten. Sie entsprachen aber auch der prinzipiellen Vorliebe für Großunternehmen schlechthin, von deren Förderung man sich günstige Auswirkungen auf Risiko- und Innovationsbereitschaft, Wettbewerbs- und Exportfähigkeit und Beschäftigung verspricht.

Markante Beispiele für die Großzügigkeit gegenüber großen Firmen und ihre Vorzugsbehandlung z. B. bei Betriebsansiedlungen sind die Fälle EUMIG, Siemens, ITT, GM und andere mehr. Letztere Beispiele illustrieren das gerade in der sozialdemokratischen Ära besonders heftige Liebeswerben um auswärtige Multinationale. (Die Bevorzugung der Erdölmultis gegenüber der ÖMV in Sachen Schurfrechte, Pipeline-Abkommen und dergleichen durch konservative Regierungen und Politiker hatte vorwiegend klassen- und parteipolitische Motivationen, hier ging es mehr darum, den Einflußbereich der Verstaatlichten und damit der SPÖ einzudämmen und sich durch Einbeziehung des Auslandskapitals eine stärkere Rückendeckung gegenüber Arbeiterschaft und Gewerkschaft zu verschaffen). Die überaus freundliche Grundhaltung der SP-Regierung gegenüber den Multis beruht – ähnlich wie der „bias“ zugunsten der Großindustrie überhaupt – auf der Überzeugung, daß dies das allgemeine Innovationsklima verbessern und Österreich einen besseren Zugang zu fortgeschrittenem Know-how verschaffen würde. Dabei wurde zuwenig bedacht, daß die stärkere Verankerung ausländischer Großkonzerne in der österreichischen Wirtschaft die ohnehin stark monopolistischen Strukturen noch verfestigen, und daß sie den wirtschaftspolitischen Spielraum jeder Regierung spürbar beeinträchtigen muß.

Allerdings wird die Vorgangsweise der SP-Regierung verständlicher, wenn man bedenkt, wie lange es dauerte, bis die heimischen Unternehmen begriffen, daß man auf Dauer nicht vom Import ausländischer Technologie leben kann, und wieviel länger es dauerte, bis der Sprung zu eigenständiger Forschung, Entwicklung und Innovation tatsächlich gewagt wurde. Da konnte es dann einfacher scheinen, neuen Technologien durch Förderung der Bindung und Verflechtung österreichischer

(inklusive verstaatlichter) Unternehmen mit Auslandskonzernen den Weg zu bahnen. Ob es jedoch angezeigt war, ausländischen Konzernen bei der Errichtung von Forschungszentren derart unter die Arme zu greifen, deren Drähte ausschließlich zu den Mutterfirmen laufen, so daß von einem „spillover“ in die heimische Forschung kaum die Rede sein kann, ist sehr zu bezweifeln.

Mitbestimmung

Gemeint ist die wirtschaftliche, und zwar auf betrieblicher Ebene. Die politische haben wir ja einigermaßen, und dank „roter“ Regierung, Vormachtstellung (wenngleich nicht ungeteilte) in der Verstaatlichten, SP-Dominanz in ÖGB und Arbeiterkammern, beachtliche Machtpositionen im Bankenbereich, „Konsum“ etc. auch ein beträchtliches Maß an wirtschaftlicher Mitbestimmung auf überbetrieblicher Ebene. Von wirtschaftlicher Mitbestimmung im betrieblichen oder Unternehmensbereich ist aber kaum etwas zu spüren, und daran hat sich auch mit dem neuen Arbeitsverfassungsgesetz (1974) und seinen Bestimmungen über „Drittelparität“ usw. nichts Wesentliches geändert. Hier ist allenfalls von Informationen und Beratung die Rede, aber wieweit tatsächlich informiert und beraten wird, wieweit daher tatsächlich mitgemischt und mitgewirkt (sicher nicht mit „bestimmt“) werden kann, hängt nach wie vor von der faktischen Stärke der jeweiligen Betriebsvertretungen ab, also davon, wieweit sie Information und Anhörung zu erzwingen imstande sind, und wieweit sie ihren Vorschlägen und Wünschen dann auch tatsächlich Respekt verschaffen können.

Aber hat das alles überhaupt mit „Wirtschaftspolitik“ zu tun? Wir meinen, sehr wohl, denn zweifellos wird das wirtschaftspolitische Agieren von Regierung und Verwaltung von der Artikulierfähigkeit und Durchschlagskraft der Arbeiter- und Angestelltenschaft sowohl auf überbetrieblicher als auch betrieblicher Ebene beeinflusst. Jedermann weiß, daß es z. B. sehr schwierig ist, Konzernierungen, Betriebsverlagerungen usw. im verstaatlichten Sektor durchzusetzen (oder, wie es bezeichnenderweise heißt, durchzuziehen), ohne dafür gewerkschaftliche und betriebliche Zustimmung zu haben, und daß selbst der Versuch, dies im privaten Bereich gegen gewerkschaftlichen und lokalen Widerstand zu tun, die regierende Partei Stimmen und Einfluß kostet, so daß diese sich meistens veranlaßt sieht, helfend oder zumindest hinausschiebend einzugreifen.

Im übrigen hat gerade die Sozialistische Partei die Losung (stärkerer) betrieblicher Mitbestimmung auf ihre Fahnen geschrieben, und dazu in ihrem 1978er Programm folgenden Forderungs- oder Wunschkatalog „zur Verwirklichung ihrer Mitbestimmungsvorstellungen“ aufgestellt¹⁵:

- Für die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitenden in wirtschaftlichen Angelegenheiten auf der Ebene der Unternehmen und der Betriebe.

- Für die Einführung der Paritätischen Mitbestimmung im Rahmen einer grundlegenden Reform des Gesellschaftsrechts unabhängig von den Eigentumsverhältnissen.
- Für den schrittweisen Abbau des Zusammenhanges zwischen Erfüllung einer leitenden Funktion und der Ausübung persönlicher Macht über andere Beschäftigte.
- Für den Ausschluß von Betrieben, die die Wahl von Betriebsräten behindern oder einschränken, von jeder öffentlichen Förderung.
- Für die unmittelbare Beteiligung der Arbeitnehmer an Entscheidungen, die ihren Arbeitsplatz und die Organisation des Arbeitsprozesses betreffen.
- Für den Zugang jedes Beschäftigten zu allen Informationen, die ihn betreffen . . .

Aus welchem Katalog klar ersichtlich ist, was es alles noch nicht gibt, und zwar vor allem „die unmittelbare Beteiligung der Arbeitnehmer an Entscheidungen, die ihren Arbeitsplatz . . . betreffen“, darunter solche Fragen wie Investitions-, Produktions- und Absatzfragen, Betriebsverlagerungen, Kapitalbeteiligungen, Fusionen usw. usf. Auch die Mitbestimmung an der Organisation (Gestaltung) des Arbeitsprozesses bleibt prinzipiell eine offene Frage, wenngleich hier in der Praxis oft tatsächlich „mitbestimmt“ wird, dort nämlich, wo Betriebsrat und Gewerkschaft stark und agil sind oder (wie in der Verstaatlichten, bei Eisenbahn, Post usw.) über politische Einflußmöglichkeiten verfügen.

Traditionell beschränkt sich die Mitbestimmung in den meisten Betrieben und Unternehmen auf das Mitreden in sozialer und auch in personeller Hinsicht. In personellen Angelegenheiten allerdings nur in der Weise, daß der Betriebsrat bei Neu- oder Umbesetzungen sowie bei Kündigungen mitreden kann, nämlich, im letzteren Falle, wer zu gehen hat und wer bleiben kann. Ob die betreffende Firma aber insgesamt den Beschäftigtenstand ausweitet oder einschränkt, entzieht sich dem Einfluß des Betriebsrates; das Beschäftigungsvolumen bestimmt weiterhin die Unternehmensführung allein. Diese bleibt der „Herr im Haus“, und ihre Allmacht ist nur dort begrenzt, wo die Gegenmacht von Betriebsrat und Gewerkschaft, die heute allerdings mehr als bisher auf überbetriebliche politische Unterstützung zählen kann, außergewöhnlich stark ist. Beispiele dafür bieten die Stahl- und Textilindustrie (wo die Kündigungen immerhin in Grenzen gehalten werden konnten), die Glanzstoffwerke St. Pölten und manche andere, vor allem lokal „sensible“ Betriebe. Doch ging es fast nie ohne kräftige staatliche Zuschüsse ab und die Optik war oft günstiger als der tatsächliche Verlauf, weil die andere Seite ihre Absichten oft noch ein wenig drastischer darstellte als sie vielleicht tatsächlich waren, und man sich schließlich auf einen „Kompromiß“ einigte, der den eigentlichen Zielen der Unternehmer sehr nahe kam.

Immerhin hat die bloße Tatsache einer arbeit„nehmer“-freundlichen Regierung das Kräfteverhältnis ein wenig zugunsten der Lohn- und Gehaltsabhängigen verändert. Selbst innerhalb dieses Kräfteverhältnisses bleibt aber viel unausgenützter Spielraum. Mehr Selbstbewußtsein,

mehr Bereitschaft zur Wahrnehmung der Informations- und Vorschlagsmöglichkeiten, mehr Kampfbereitschaft (die allerdings einen weniger bürokratisch-paternalistischen Stil der Gewerkschaftsführung voraussetzen würde) könnte viel mehr an echter Mitbestimmung bringen. Aber auch die stärkere Nutzung der einem modernen Staat gebotenen Möglichkeiten als Auftraggeber und Innovationsförderer könnte wirksame wirtschaftspolitische Handhaben geben, um unternehmerische Macht und monopolistischen Machtmißbrauch zurückzudrängen¹⁶.

* * *

Die Wahlgänge der frühen siebziger Jahre wurden von der SPÖ vor allem mit der Losung bestritten, „für ein modernes Österreich“ sorgen zu wollen. Solch eine Modernisierung hatte das Land gewiß nötig. Der kleine Erdrutsch bei den Wahlen zugunsten der SPÖ brachte eine gewisse Reform- und Innovationsbereitschaft in breiten Bevölkerungskreisen zum Ausdruck und gab der neuen Regierung eine Chance, die sie zu einer Reihe von Reformen auf dem Gebiet des Erziehungs- und Gesundheitswesens, im Bereich der Verwaltung und auch der Wirtschaft nützte. Alles in allem brachte sie mehr „Stromlinie“ in den ökonomischen Ablauf, mehr Koordination im Bereich der Verstaatlichten, mehr Wettbewerb in Handel und Gewerbe, mehr Innovation in der Industrie. Zwar klagten die Konservativen – mit neoliberalen Argumenten – über zuviel staatlichen Interventionismus, gegen massive staatliche Förderung des Akkumulationsprozesses hatten sie aber nur dann etwas einzuwenden, wenn damit auch gewisse punktuelle Schwerpunktsetzungen verbunden waren. Da aber „der staatliche Wirtschaftsinterventionismus heutzutage ein integraler Bestandteil des ‚reformierten‘ Kapitalismus geworden ist“, wie M. Kalecki schon 1964 vermerkte¹⁷, und da der Kapitalismus heutzutage eben nur mittels gewisser Reformen bestehen kann, spielte „man“ mehr oder weniger anstandslos mit; es gab zwar – dank des verschlechterten internationalen Wirtschaftsklimas – nur wenig Investitionsfreude, es gab aber auch keine gezielten Investitionsstreiks oder gar Kapitalflucht.

Die Reformen und Innovationen der siebziger Jahre erfolgten jedoch im Kontext einer ausgeprägten Kontinuität der Eigentumsverhältnisse, der institutionellen Gegebenheiten und der sozialökonomischen Arrangements. Vor allem die „Sozialpartnerschaft“ funktionierte in ungebrochener Kontinuität und ließ auch die durch den Regierungswechsel bewirkte Änderung der Kräfteverhältnisse nur wenig zur Geltung kommen. Umverteilung hat, wie vermerkt, nicht stattgefunden. „Mitbestimmung“ auf betrieblicher Ebene ist nicht stärker geworden. Die Orientierung auf das Auslandskapital ist womöglich noch ausgeprägter geworden. Man war vor allem bestrebt, den kapitalistischen Akkumulationsprozeß ingang zu halten, um solcherart die Arbeitsplätze zu sichern bzw. neue zu schaffen. Daß es gleichzeitig gelang, den Preisauftrieb in Zaum zu halten ist gewiß als bedeutsamer Erfolg zu werten, doch ist nicht zu übersehen, daß das vor allem der äußersten Zurückhaltung auf dem Lohn- und Gehaltssektor zu verdanken war. Dies ist zunächst in

einigen Branchen, in jüngster Zeit über weite Bereiche der Wirtschaft von gewissen Realeinkommeneinbußen begleitet gewesen, die allerdings mit Hinblick auf die angeblich nur solcherart zu sichernde Vollbeschäftigung mehr oder weniger stillschweigend hingenommen wurden.

Niemand von uns hat allzu hochfliegende Erwartungen gehegt, daß die neue, sozialdemokratische Ära systemüberschreitende oder auch nur einschneidende demokratische Strukturreformen zeitigen würde. Wir sind durchaus eingedenk jener Warnung, die in dem englischen Wort steckt, wonach man wohl eine Zwiebel nicht aber einen Tiger bei lebendem Leibe häuten kann. (Und selbst unser eher gemischtwirtschaftlicher heimischer Kapitalismus hat durchaus das Wesen einer solchen Raubkatze an sich.) Doch hatte man immerhin gemeint – und das neue Programm der SPÖ scheint das ebenfalls zu meinen – daß er sich unter den herrschenden Kräfteverhältnissen etwas stärker zähmen oder wenigstens abrichten läßt.

Anmerkungen

- 1 G. Lehmbruch, *Liberal Corporatism and Party Government*, Comparative Political Studies, 10. April 1977; M. Salvati und Giorgio Brosio, *The Rise of Market Politics; Industrial Relations in the Seventies*, Daedalus, Frühjahr 1979. Vgl. auch Th. Prager, *Expansion and Stagnation*, *Wirtschaft und Gesellschaft* 3/79
- 2 Stephen Rousseas, *Capitalism and Catastrophe*, Cambridge University Press, 1979
- 3 *The Observer*, 16. März 1980
- 4 *The Guardian*, 30. März 1980
- 5 Vgl. Hans Wehsely über Kartellpolitik: „Trotz bestimmter Erfolge in der Tätigkeit des Paritätischen Ausschusses für Kartellangelegenheiten muß das Gesamtergebnis der vergangenen sieben Jahre als eher bescheiden bezeichnet werden . . .“ (Mißbrauchsaufsicht statt Kartellaufsicht, Beitrag zu „Wirtschaftspolitik zwischen Weltanschauung und Sachzwang“, Festschrift für Maria Scesci, S. 201)
- 6 Manchen Autoren zufolge gibt es im Grunde überhaupt keine Umverteilungspolitik: „Angesichts der empirisch nachweisbaren langfristigen Konstanz der personellen Einkommensverteilung stellt sich die Frage, weshalb entgegen dem programmatischen Stereotyp von ‚gerechter‘ Verteilung eine auf die Beseitigung der extremen Ungleichheit abzielende Politik nicht existiert.“ (Günther Chaloupek/Herbert Ostleitner, „Einkommensverteilung und Verteilungspolitik in Österreich“, in „Das politische System Österreichs“, hg. von Heinz Fischer, 1977, S. 462. – Ähnlich Maria Szesci: „In Österreich hat eine ganze Anzahl ökonomischer, politischer und sozialpsychologischer Momente zusammengewirkt, um die gewerkschaftliche Strategie der Verteilungsabstinenz (!) abzusichern . . . beruhte die Sozialpartnerschaft ihrer ganzen Konstruktion nach auf dem stillschweigenden Einverständnis zur Eingrenzung des Kampfes um den Lohnanteil . . .“ „Verteilungsprobleme und Verteilungspolitik“, in „Wirtschaft und Politik“, Festschrift für Fritz Klenner, 1976, S. 126

- 7 Vgl. „Kampf gegen die Armut in Österreich. Maßnahmen-Probleme-Konzepte.“ Bundesministerium für soziale Verwaltung, 1979, S. 82–99.
- 8 Philipp Rieger, „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1956“, Arbeit und Wirtschaft 3/1958.
- 9 Hannes Swoboda, „Zehn Jahre Finanzpolitik – Anspruch und Realität, in „Wirtschaftspolitik zwischen Weltanschauung und Sachzwang, Festschrift für Maria Szesci, S. 207–212. Zum Beispiel Umwandlung von Absatzbeträgen in Freibeträge und direkte Transferzahlungen (Kinderbeihilfen, etc.); andererseits aber auch neue steuerliche Begünstigungen für energiesparende Investitionen u. ä., die wieder in erster Linie den Besserverdienenden zugute kommen.“
- 10 Ewald Nowotny sagt es sehr plastisch: „... gleicht der Kampf um mehr Egalität dem immerwährenden, nie ganz gelingenden Bemühen des Sysphos: Es bedarf ständiger gewaltiger Anstrengungen, um auch nur das erreichte Maß an Egalität zu bewahren. Für Verteilungsfragen... (gilt, was) Alice im Wunderland erlebt: Man muß möglichst schnell laufen, um auch nur am selben Ort bleiben zu können...“ „Ökonomische Ungleichheit – Tabu oder Herausforderung?“, Rote Markierungen '80 (Hg. Heinz Fischer), 1980, S. 221
- 12 „Die für Unternehmen günstigsten Abschreibungssätze“, stellte das Münchener Institut für Wirtschaftsforschung 1977, also während der Labour-Ära fest, „sind eindeutig in Großbritannien anzutreffen... Äußerst großzügige Regelungen sind des weiteren in Österreich auszumachen... Sodann folgen mit einigem Abstand die USA, Schweden, Dänemark, Italien und auch Japan.“ (Schnelldienst, 1/1977) Somit hielten zwei sozialdemokratisch regierte Länder „mit einigem Abstand“ die Spitze.
- 13 „Die großen Firmen haben vielfach ein unerfreuliches Arbeitsklima und wenig Flexibilität... Sie schaffen auch nur wenig zusätzliche Arbeitsplätze. In den letzten zehn Jahren wurden in den USA 12 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen, zwei Drittel davon in Firmen mit weniger als 20 Beschäftigten und nur ein Prozent in den tausend Spitzenfirmen...“, schreibt die ehemalige Labour-Ministerin Shirley Williams („The Observer“, 9. März 1980). Gerade die innovationsfreudigsten Manager und Fachleute sind oft aus den Großkonzernen ausgeschieden und haben florierende und besonders expansionsträchtige Minifirmen gegründet („Silicon Valley“, Californien).
- 14 Z. B. durch das Strukturverbesserungsgesetz (Vgl. den Beitrag von Erich Haas, Wilhelmine Goldmann, Brigitte Ederer, Wirtschaft und Gesellschaft, 3/79)
- 15 Das neue Programm der SPÖ, 1978, S. 58
- 16 Vgl. dazu Josef Steindl, Die Multinationalen und die Freiheitsgrade der nationalen Wirtschaftspolitik, Beitrag zur Festschrift für Maria Szesci.
- 17 „M. Kalecki, „The Fascism of Our Times“, in „The Last Phase in the Transformation of Capitalism“, New York 1972.